



# THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN  
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN  
02|2007 JAHRGANG 5



**Pro und Contra**  
Universitätsfusion Erfurt/Jena



Generation Praktikum:  
Ein Dialog zwischen  
Politik und Wirtschaft ist  
zwingend erforderlich



Gesundheitsreform:  
Eine riesige Belastung  
mit schmerzhaften  
Konsequenzen



Die Energie für unsere  
Zukunft: Kulturkampagne  
der FDP im Januar 2007  
offiziell vorgestellt



Erfurter Possen – Auftrag für die FDP

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,

die Realität zeigt, dass die FDP, dort wo sie in Parlamenten Verantwortung trägt, nicht nur das politische Handeln positiv beeinflusst, sondern erheblich zur politischen Stabilität beiträgt. Als Beispiel für das Gegenteil sei hier nur das kommunale Chaos in einigen Städten erwähnt. Fehlt eine liberale Stimme, treiben politische oder bürokratische Entscheidungen zum Teil Blüten, die beachtlich sind. Die Landeshauptstadt Erfurt ist so ein Beispiel. Hier steht Thüringens einziges IKEA-Möbelhaus. „Träumst Du jetzt ...?“ hätten sich die Geschäftsführer in Anlehnung an ihren Werbeslogan fragen können. Die gute Auslastung sprengt mittlerweile die Parkmöglichkeiten. Acker und Feld um das Möbelhaus herum sollten eine Erweiterung des Parkplatzes möglich machen, dachte sich IKEA. Dagegen allerdings legte die Erfurter Stadtverwaltung Einspruch ein. Man könne ja auch Tiefgaragen bauen, hieß es. Letzteres allerdings gibt es bei IKEA nicht, nirgendwo – und ist angesichts der (EU-

geförderten?) brachliegenden Äcker drum herum nicht notwendig. So bleibt es zunächst bei einem überbelegten Parkplatz. Scheinbar wehrt man sich gegen zusätzliche Steuereinnahmen. Letzteres war wohl auch ein Grund, einem im Sommer geplanten Konzert der Rolling Stones in der Landeshauptstadt zunächst eine Absage zu erteilen. Wer sonst in London, Rio oder Köln spielt, muss doch nicht unbedingt im Erfurter Steigerwaldstadion den Rasen zerstören. Dabei wird vor dem Stones-Termin kaum eine Woche zuvor an gleicher Stelle Herbert Grönemeyer gastieren.

Man sieht es deutlich: Wo es in der Politik an einer starken liberalen ordentlichen und mittelstandsorientierten Stimme fehlt, treiben es die Mühlen der Bürokratie auf die Spitze. Wird sich dagegen politisch nicht anständig gewehrt – und auch dazu sind Volksvertreter gewählt – entsteht Schaden. Deshalb ist die Aktivität der Liberalen überall im Land auch dort notwendig, wo die FDP



Foto: Axel Heyder

noch nicht im Kommunalparlament sitzt. Und dies ist auch die Aufgabe und die Verantwortung der Landes-FDP.

Im Landtag – das machen die Plenarsitzungen deutlich – herrscht weitgehend fehlender Wille und mangelnde Kreativität zur Gestaltung des Landes. Die immensen Probleme, die dem Freistaat durch immense Abwanderung, hohe Arbeitslosigkeit und Überbürokratie bremsen, bleiben bestehen. Dies wird die Aufgabe der Thüringer FDP und der Kreisverbände für die kommenden zwei Jahre sein: Den Finger in die Wunden zu legen, die quergesteuerte Geister geschlagen haben.

In diesem Sinne werden 2007 und 2008 spannend und arbeitsreich für die Liberalen.

Ihr

Patrik Kurth

Redaktionsleiter Thüringen Liberal

## Böses Internet

Junge Liberale Thüringen gegen Onlinespionage

Das Internet ist böse – meint zumindest Thüringens Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU) auf dem „Frankfurter Tag der Rechtspolitik“: „Wir können nicht hinnehmen, dass dort ein Agitations- und Vorbereitungsraum wächst, in dem täglich neue Hassbotschaften oder Anleitungen zum Bombenbau und zu Anschlagplanungen veröffentlicht werden und in dem Extremisten und Terroristen sich ungehindert austauschen können.“ Allein steht Gasser mit dieser Forderung nicht,

auch Generalbundesanwältin Monika Harms stellte fest, dass die Überwachung des Internets von zentraler Bedeutung sei: „Islamistische Extremisten tauschen ungeheuer viele Informationen in unterschiedlichsten Sprachen über das Internet aus. Wir müssen uns rüsten, um hier auf Augenhöhe zu kommen.“ Nicht zuletzt wird daher im Terrorabwehrzentrum der Bundesregierung gerade eine Abteilung zur Internet-Analyse eingerichtet.

Bei soviel Überwachungselan sehen sich die Jungen Liberalen Thüringen in der Pflicht, nach dem Verbleib der grundgesetzlich verbürgten informationellen Selbstbestimmung des Bürgers zu fragen. Denn ob die vorgeschlagene Ausweitung der Internetüberwachung mehr Sicherheit schafft ist unklar. Klar dagegen ist, dass sie die Freiheit des Einzelnen

weiter einschränkt. So meint auch Professor Andreas Pfitzmann von der TU Dresden auf einer Tagung im Bundesinnenministerium: „Wir brauchen überwachungsfreie Räume für unsere menschliche Entwicklung.“

In diesem Sinn entschied auch der Bundesgerichtshof am 05.02.2007, dass heimliche Onlinedurchsuchungen unzulässig seien. Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jörg van Essen MdB, äußerte sich zufrieden: „Damit hat das Gericht erneut die Grundrechte der Bürger gestärkt und den Ermittlungsbehörden klare Grenzen aufgezeigt.“ Die Jungen Liberalen Thüringen hoffen, dass der übertriebenen Panikmache bald weiterer Einhalt geboten wird, denn ohne Freiheit hat Sicherheit keinen Wert, dass gilt genauso im Internet, wie überall anders. *Berthold Hausteine*



# Generation Praktikum

## Kreative Lösungsansätze erforderlich

Im März 2005 wies „Die Zeit“ auf Probleme und Missstände hin, mit denen Hochschulabgänger auf Ihrer Suche nach einem Berufseinstieg konfrontiert werden. Im letzten Jahr hat es der Begriff „Generation Praktikum“ sogar auf Platz 2 bei der Wahl zum Wort des Jahres gebracht. Eine öffentliche Petition an den Deutschen Bundestag mit über 60.000 Unterschriften ist ein weiterer Beleg für die Bedeutung des Themas.

Mit „Generation Praktikum“ werden gemeinhin Fälle bezeichnet, in denen Unternehmen reguläre Arbeitsplätze einsparen und durch Praktikanten ersetzen. Die Praktikanten sind zumeist gut qualifizierte Studenten oder Hochschulabsolventen. Gerade bei letzteren wird die Situation am Arbeitsmarkt bisweilen gnadenlos ausgenutzt. Viele Absolventen finden nicht auf Anhieb einen geeigneten Arbeitsplatz. Um Lücken im Lebenslauf zu vermeiden und einen Einstieg ins Berufsleben zu finden, wählen sie den Ausweg über Praktika. Mit Versprechen, nach Abschluss des Praktikums einen Arbeitsvertrag zu erhalten, werden die Betroffenen geködert und geraten so in einen Kreislauf immer wieder neuer Praktikumsanstellungen mit geringen oder gar keinen Einkünften.

Das Problem sind hierbei nicht die Praktika an sich, sondern der Missbrauch, der damit getrieben wird. Dabei muss differenziert werden. Der Missbrauch wird nicht

von allen Unternehmen betrieben und er konzentriert sich auf bestimmte Fachrichtungen. Einer der wichtigsten Gründe ist auch eines unserer wichtigsten Probleme, die Massenarbeitslosigkeit. Ohne diese kämen die meisten Absolventen erst gar nicht in die Verlegenheit, ihren Berufseinstieg über Praktika zu organisieren.

Deshalb verfehlt auch die gerne aufgestellte Forderung einer Mindestvergütung für Praktika ihr Ziel. Praktika sind keine regulären Arbeitsplätze. Sie sind nicht dazu gedacht, Geld zu verdienen. Ihr originäres Ziel besteht darin, Wissen zu vermitteln und Erfahrungen zu sammeln. Eine Mindestvergütung würde hingegen dazu führen, dass die eigentlich sinnvollen Praktika in ihrer Existenz gefährdet würden. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sowie kulturelle und soziale Einrichtungen wären nicht mehr in der Lage, Praktikumsplätze anzubieten.

Aber auch der Wunsch, mit anderen weitreichenden gesetzlichen Regelungen dem Missbrauch Einhalt zu gebieten, führt zu keiner wirklichen Lösung des Problems. Dies zeigt das Beispiel des Fahrraddiebstahls. Auch dieser ist verboten, findet aber trotzdem statt. Zur Behebung des Problems sind daher kreativere Lösungsansätze erforderlich. Das heißt einerseits, dass die Politik mit der Wirtschaft in einen Dialog treten muss. Hier

bei soll den Unternehmen unmissverständlich klar gemacht werden, dass solche Verhaltensweisen völlig inakzeptabel sind. Als Ziel muss eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft stehen, den Missbrauch von Praktika zu unterbinden.

Auf der anderen Seite sind aber auch die Hochschulen in die Pflicht zu nehmen. Viele Fachbereiche verlangen von ihren Studenten Praktika. Dies bedeutet eine besondere Fürsorgepflicht den Studenten gegenüber: Durch eine gezielte Zusammenarbeit mit Unternehmen, die sich vorbildlich verhalten, können Praktika vermittelt werden, die ihrem Sinn und Zweck entsprechen. An dieser Stelle müssen sich aber auch viele Fakultäten die Frage gefallen lassen, ob Praktika über einen so langen Zeitraum wie sechs Monate zwingend erforderlich sind.

Last but not least muss man auch an die Studenten appellieren. Die Angst vor einer Lücke im Lebenslauf ist nachvollziehbar und der Einstieg ins Berufsleben ist alles andere als leicht. Die Studenten sollten aber trotz der widrigen Umstände nicht alles mit sich machen lassen. Die Gründung von Netzwerken, über die die „schwarzen Schafe“ enttarnt werden können, ist ein denkbarer Weg. Niemand sollte sich unter Wert verkaufen. Wenn gar nichts anderes mehr funktioniert, sollte auch eine berufliche Neuorientierung kein Tabu sein. *Uwe Barth*



## Uni-Fusion

### Eine Debatte kommt ins Rollen

„Man muss sich überlegen, ob man sich auf Dauer zwei Hochschulen in 40 Kilometer Entfernung leisten kann“ erklärte Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) vor kurzem. Der Jenaer Unternehmer von Witzleben bezeichnet die Universität Erfurt gar als „Fehlinvestition“. Thüringen verfügt nicht weit von einander entfernt über – zumindest von Außen gesehen – in vielen Fachbereichen ähnliche Hochschulen. Angesichts des Geburtenknicks oder der Haushaltslage sind Forderungen auf Fusion der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Universität Erfurt nicht ungewöhnlich. Gleichzeitig bestehen aber Unterschiede in der Ausrichtung der Universitäten. In Jena steht eine klassische Volluniversität, Erfurt hingegen verfügt über eine Reform-Uni. Thüringen Liberal stellt Pro und Contra einer Uni-Fusion vor:

### Synergien nutzen

Eine Fusion der Universitäten Erfurt und Jena kann durchaus sinnvoll sein. Betrachtet man das Thema zudem angesichts knapper Kassen und der mittel- und langfristig fallenden Anzahl der Studierenden, dann ist eine Debatte längst überfällig. Bei einer kritischen Auseinandersetzung mit der Problematik ergeben sich doch schon auf den ersten Blick einige nicht abweisbare Vorteile.

Durch die Verschmelzung der Bildungseinrichtungen könnten Kompetenzen gebündelt und sich auf einzelne Kernbereiche spezialisiert werden. Dass dies funktionieren kann und in anderen Teilbereichen bereits vollzogen ist, zeigt das Beispiel des Studiengangs der Zahnmedizin: durch die Verschmelzung beider Hochschuleinrichtungen 1996 kam es zu einer Erweiterung der Forschungsvoraussetzungen und -aktivitäten in allen Fachgebieten der ambulanten Zahnheilkunde.

So wäre es zudem beispielsweise aufgrund der in der Vergangenheit erworbenen Qualitäten denkbar, den Schwerpunkt der Lehramtsstudiengänge auf den Standort



Erfurt zu verlagern und hingegen die Staatswissenschaften in Jena zu etablieren. Weniger frequentierte Studiengänge, die allein eine „attraktivere Produktpalette“ gewährleisten sollen, könnten zudem auf einen Standort beschränkt werden. Das muss im Umkehrschluss jedoch nicht bedeuten, dass die Auswahl an Studiengängen reduziert wird, im Gegenteil.

Ein gewichtiges Argument stellt angesichts der angespannten Haushaltslage des Freistaates nicht zuletzt auch die urliberale Ansicht einer deutlich abgespeckten und einheitlichen Verwaltung beider Einrichtungen. Man erkennt, dass eine solche Verschmelzung zweier etablierter Hochschulen in der Tat einen gewissen Reiz hat. Auch wenn beide Einrichtungen für sich selbst auf langjährige Traditionen zurückblicken können, ein eigenes gewachsenes Profil und dadurch auch ein gewisses Selbstverständnis entwickelt haben. Eine solche Fusion kann, sofern sie denn so effektiv wie möglich durchgeführt wird und dabei grundlegende Notwendigkeiten beachtet werden, vielen zum Vorteil gereichen.

*Paul Gellner*

## Reformen fortsetzen

Die Universität Erfurt hat eine Existenzberechtigung die nicht in Frage gestellt werden darf. Zumindest nicht mit den aktuellen Begründungen. Die meisten dieser Argumente sind schon bei der Wiedergründung der Universität 1994 vorgebracht und geprüft worden. Dabei zeigt bereits die sehr deutliche Reformausrichtung der Erfurter Uni den grundlegenden Unterschied zur Jenaer Universität. Deshalb ist etwa die daraus entstehende Konkurrenzsituation innerhalb Thüringens mit Wiederbegründung der Universität Erfurt bewusst herbeigeführt worden.

Dass dieses politische Experiment auch überprüft werden muss, ist unbestritten. Manche Gegner von damals scheinen jetzt allerdings wieder die Gelegenheit zu sehen, einen Konkurrent um die Landesmittel auszuschalten – diesmal durch Fusion. Es wäre aber töricht, allein die räumliche Nähe zum Maßstab zu nehmen (genau genommen sind 40 Kilometer im Universitätsbetrieb keine Nähe, sondern Distanz). Es müssen

andere Kriterien her: Die Erfurter Universität hat bei ihrer Wiedergründung einen eindeutigen Reformauftrag erhalten. So ist die Reform-Universität Vorreiterin im Bolognaprozess. Seit ihrer Wiedergründung setzt sie dabei konsequent auf Bachelor- und Masterabschlüsse.

Auch in der Verwaltung werden neue Konzepte erfolgreich umgesetzt. Durch das Leben des Reformauftrages ist somit eine besondere Struktur entstanden, welche in vielen Bereichen einen direkten Vergleich mit herkömmlichen Universitäten nicht zulässt. Das muss bei der Analyse des Experimentes berücksichtigt werden. Interessant wäre dabei zum Beispiel, welchen Anteil ihrer Absolventen die Universitäten in einen weiterführenden Studiengang, zur Promotion oder gar in ein festes Arbeitsverhältnis führen können. So könnte sich zeigen, ob nicht etwa „am Markt vorbei“ ausgebildet wird.

So lange die Universität Jena sich jeglichen Reformen verweigert ist einer Fusion mit der Reformuniversität Erfurt eindeutig eine Absage zu erteilen. *Matthäus Schlummer*



# Gustav Stresemann heute für ein liberales Europa von morgen

Festveranstaltung in Weimar würdigt den  
ehemaligen Reichskanzler

Auf einer Festveranstaltung anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an Gustav Stresemann vor 80 Jahren würdigte der Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung, Dr. Wolfgang Gerhardt, dessen politische Leistungen und verwies auf den außergewöhnlichen Lebensweg des wohl größten Staatsmannes der Weimarer Republik. In der vollbesetzten neuen Weimarahalle ließ er keinen Zweifel daran, dass dieser außergewöhnliche Politiker in die von der Stiftung gepflegte liberale Traditionslinie gehört. Er betonte, dass er unter außerordentlich schwierigen politischen Bedingungen Großes bewirkte. Aber das Beispiel der letztlich gescheiterten Weimarer Republik mache auch deutlich, dass eine demokratische Verfassung wenig nützt, wenn eine Gesellschaft nicht Willens ist, diese als Lebensform anzunehmen. Dennoch ist Stresemanns Politik ein leuchtendes Beispiel dafür, dass Freiheit und Verantwortung zusammengehören und sich ergänzen müssen, wenn

man liberaler Politik Erfolg wünsche. Nach den Grußworten des Bürgermeisters von Weimar, Christoph Schwind, und dem FDP-Landesvorsitzenden Uwe Barth MdB, war es dem Historiker und Stresemann-Biographen Prof. Eberhard Kolb vorbehalten, Leben und Leistungen Stresemanns zu skizzieren. Kolb rief den Gästen in Erinnerung: „Der einzige deutsche Kanzler aus dem organisierten Liberalismus in Deutschland war Stresemann!“ Spätestens nach seinem frühen Tod 1929 wurde sein Ansehen in Europa und der Welt ersichtlich. Ziele und Inhalt seiner Politik, aber auch sein spezifischer Politikstil – „das ist ein Erbe, auf das eine liberale Partei stolz sein kann.“

Im anschließenden Gespräch zwischen dem Journalisten und ehemaligen Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dr. Christoph Bertram und dem Stiftungsvorsitzenden Dr. Wolfgang Gerhardt wurden außenpolitische Traditionslinien und Unterschiede in der Nachfolge Stresemanns dar-

gelegt. Zwar habe nach der totalen Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg eine Revisionspolitik wie nach dem Ersten Weltkrieg keine reelle Chance gehabt, gleichwohl sei auch im Nachkriegsdeutschland eine auf Versöhnung zwischen Völkern angelegte Politik mit dem Vorwurf des „Verzichts“ und des „Vaterlandsverrats“ konfrontiert worden. Heute sei es notwendig, auch mit den transatlantischen Verbündeten über die Wertebezogenheit der Außenpolitik zu diskutieren. Nationale und europäische Interessen sind heute, insbesondere im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, nahezu deckungsgleich. Dies sei ein wesentlicher Unterschied zum Politikverständnis in der Weimarer Republik.

Mit „Wege aus der Krise“ war die abschließende, von Henning Krumrey (FOCUS) geleitete, Podiumsrunde überschrieben, in der ausgewiesene Experten und Europapolitiker aufeinander stießen. Der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium und frühere Chefredakteur des Berliner Tagesspiegel, Prof. Walther Stützel, erinnerte in seinem Eingangsstatement zunächst an das Erbe, das in Gefahr sei, verspielt zu werden: Europa sei heute eine Rechtsgemeinschaft, eine respektierte Handelsmacht und Kulturgemeinschaft. Nicht zuletzt sei Europa eine Friedensgemeinschaft. Nach Jahrhunderten der Gewalt seien Kriege zwischen Mitgliedern der EU heute faktisch ausgeschlossen. Die Herausforderungen bestünden nun da rin, dieses Erbe nicht zu verspielen und den Weg weiter zu verfolgen. Der europapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Markus Löning, plädierte in seinem Beitrag für eine insgesamt nüchternere Betrachtung dessen, was man heute „Krise Europas“ nenne. Dr. Jorgo Chatzimakakis lehnte das Wort „Krise“ schlichtweg ab. „Es gibt keine Krise!“ Eine notwendige Reflektionsphase sei eingeleitet worden, weil einige Länder mit ihren ablehnenden Referenden deutlich gemacht hätten, dass europäische Politik nicht weiter vom Reißbrett aus erfolgen könne. Tatsache sei aber, dass Europa – im Unterschied zu Weimar – heute schon viel mehr gelebte Verfassung aufzuweisen habe. Es sei bereits jetzt als „sanfte Macht“ ein gefragter Friedensstifter. Die deutsche Ratspräsidentschaft biete große Chancen. Beim abschließenden Empfang nutzten die Gäste die Gelegenheit mit den Referenten ins Gespräch zu kommen. *Matthias Purdel, Friedrich-Naumann-Stiftung*

# Bei Rauchverboten differenzieren

Wenn, dann strikt und komplett

Es ist ein Hick-Hack mit dem Rauchverbot. Die gesamte Debatte erinnert an alte und glücklicherweise überwundene Zeiten von Rot-Grün, wo bei Gesetzentwürfen stets der Grundsatz der „Rein in die Kartoffeln – und Raus aus den Kartoffeln“ vorherrschte. Ohne Klarheit wurde ein Gesetz nach dem nächsten vorgestellt, ohne um Zuständigkeiten zu wissen oder nicht.

Als passionierter Nichtraucher und Gastronom möchte ich ein paar Gegenansichten zum Rauchverbot anbringen. Grundsätzlich allerdings sind wir uns sicher gemeinsam darüber einig, dass in öffentlichen Gebäuden grundsätzlich nicht geraucht wird. Schulen, Krankenhäuser, Behörden oder Bahnhöfe sind Einrichtungen, an denen man zum Teil gezwungenermaßen nicht vorbei kommt. Entsprechend sind dort strikte Rauchverbote notwendig.

Anders sieht dies bei Gaststätten aus. Bei Kneipen, Bars und Restaurants kann sich jeder aussuchen, ob und wo man einkommen möchte. Das ist ein wesentlicher

Unterschied zu öffentlichen Einrichtungen. Wollte man ein Rauchverbot tatsächlich strikt aber auch objektiv und wettbewerbsgerecht umsetzen,



zu Gaststätten, so müsste das Rauchen in allen gastronomischen Einrichtungen verboten werden. Wirklich beträfe es dann auch Biergärten, Gartenknei-

pen oder Straßencafés. Dadurch werden Wettbewerbsverzerrungen verhindert.

Gegen ein Verbot spricht ebenfalls die Gefährdung vor allem kleiner Kneipen, von denen es in Deutschland Tausende gibt. In denen ist es der Gast gewohnt, neben seinem Bier gewohnheitsmäßig auch zu rauchen. Ein Rauchverbot würde unmittelbar in bestehende Existenzen und in die Privatsphäre eingreifen. An den Verwaltungsaufwand und den daraus entstehenden Bürokratiekosten gar nicht zu denken.

Nimmt man diese Faktoren zusammen, muss es darauf hinauslaufen, dass es den Gastwirten und den Gästen obliegen muss, ob geraucht wird oder nicht. Letztlich wird der Gast entscheiden, wo er hinght.

Allerdings: Auch Raucher sind so tolerant, um zu bestimmten Zeiten im Restaurant nicht zu rauchen. So wäre ein komplettes Rauchverbot, beispielsweise zum Frühstück oder zum Mittagstisch, durchaus vertretbar. *Heinz Untermann*

## my.fdp.de – Die Kommunikationsplattform

Willkommen in der liberalen Familie

Programmatische Diskussion ohne das Haus zu verlassen? Seinen liberalen Bekanntenkreis verbreitern? Den Rechenschaftsbericht der Kassenprüfer richtig angehen? Ein Blick ins Internet unter „my.FDP.de“ kann dabei Abhilfe schaffen.

Die liberale Kommunikationsplattform „my.FDP“ ist das neue Angebot der FDP für Mitglieder und Interessenten. Nach einer einmaligen Anmeldung gibt es personalisierbare Informations- und Serviceangebote. Programmatische Diskussionen auf Bundesebene können zum Beispiel ab sofort auch von zu Hause aus geführt werden.

Wiki.LIBERAL ist eine Programmdiskussion im Wiki-Stil (so wie das Online-Lexikon Wikipedia), bei der jeder den eingestellten Programmtext selbst bearbeiten, ergänzen, umformulieren oder durch neue Passagen

ersetzen kann. Auf der liberalen Plattform hat man darüber hinaus die Möglichkeit einen eigenen Steckbrief einzurichten und dadurch bundesweit Mitglieder mit Interesse im gleichen Politikfeld zu finden. Des Weiteren gibt es für FDP-Mitglieder zahlreiche erweiterte Serviceangebote. Im Mitgliederbereich erhält man exklusive Informationen und Argumente für die Parteiarbeit und Wahlkampf-Tipps, wie etwa das Schatzmeisterhandbuch. Das Schatzmeisterhandbuch ist fester Bestandteil der Amtsunterlagen eines je-

meisters. Inhalt ist neben Hinweisen zum richtigen Umgang mit Spenden auch eine Checkliste für die Rechnungsprüfer, damit nichts Relevantes übersehen wird.

Zusätzlich gibt es nützliche Serviceangebote, wie Sonderkonditionen bei Hotels, Telefonanbietern oder privaten Krankenversicherungen. Neu ist die liberale Stellenbörse. Die Stellenbörse ist das Verzeichnis liberaler Anbieter von Stellenangeboten und Stellengesuchen. Auf diese Weise wird es FDP-Mitgliedern ermöglicht, zukünftig bei der Auswahl ihres Arbeitgebers oder Personals auf Parteifreunde zukommen zu können. Überzeugt? Dann einfach auf „www.my.fdp.de“ reinschauen. *Matthäus Schlummer*



# Neujahrsempfang in Erfurt

## Gelungener Jahresauftakt

160 Gäste folgten der Einladung des Liberalen Mittelstandes gemeinsam mit der FDP Thüringen zum Neujahrsempfang in Erfurt. Mittelstandspräsident Thomas L. Kemmerich freute sich dabei über den Auftritt der beiden Gastredner: FDP-Landeschef Uwe Barth und FDP-Bundesvize Rainer Brüderle. Kemmerich konnte zahlreiche weitere Gäste aus Politik und Gesellschaft begrüßen, darunter den Geschäftsführer der „Zeitungsgruppe Thüringen“, Wilfried Goosmann, Staatssekretär Stephan Illert, den Geschäftsführer des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft, Manfred Richter sowie die Herren Andreas Mosmann und Alexander Tomescheit.

Kemmerich griff in seiner Einführungsrede insbesondere das weltfremde Handeln in Bund, Land und Stadt an. Insbesondere hätte

sich die Politik von den eigentlichen Leistungsträgern der Gesellschaft entfernt. Die Leistungsbereitschaft von Mittelständlern, Unternehmern und insbesondere von Arbeitnehmern und Angestellten würde immer stärker ausgenutzt. Er rief die Unternehmer auf, sich ebenfalls politisch zu engagieren, um „Politik nicht denen zu überlassen, die man gar nicht will“.

Landeschef Uwe Barth griff insbesondere die Kulturpolitik im Freistaat an. Mit den geplanten Streichungen stünde ein wichtiger Standortfaktor auf der Kippe. Schließlich bedeute eine funktionierende Kulturinfrastruktur auch einen Wettbewerbsvorteil. Besonders Thüringen könne mit seiner Kulturlandschaft für sich werben. „Das Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln der Landesregierung bei der Kulturfinanzierung

schädigt das Ansehen des Freistaates Thüringen und wird konkreten Schaden im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich anrichten“, so Uwe Barth.

Rainer Brüderle hielt ein Plädoyer für den Mittelstand. Dieser sei der Motor der Wirtschaft. „Die FDP ist die Partei, die sich um die vergessene Mitte in Deutschland kümmert. Wir setzen uns für jene ein, die jeden Morgen aufstehen und nicht liegen bleiben, die auf Arbeit gehen, die ihre Kinder versorgen – wir sind der Anwalt der vergessene Mitte.“ *red*

**Terminhinweis: Die FDP Thüringen lädt für Samstag, den 24. März 2007, ab 11.00 Uhr, zum FDP-Jahresempfang in die Rathausdiele nach Jena ein. Gastredner ist das Präsidiumsmitglied Philipp Rösler.**

# Gesundheitsreform

## Bis zur Selbstverleugnung

Dass Politiker genau das Gegenteil dessen tun, wovon sie warnen, ist nicht neu. Dass allerdings jemand vor den Gefahren eines konkreten Gesetzes intensiv warnt, um hernach selbiges zu beschließen, ist selten. Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Carsten Schneider aus Erfurt gab davon neulich eine bedenkliche Kostprobe.

Anlässlich der Abstimmung zur Gesundheitsreform ließ sich Schneider am Tage zuvor in bundesweiten Medien aus: „Vielen in der Koalition ist nicht bewusst, was dies für die Haushaltspolitik bedeutet“. Er selbst gehört scheinbar zu diesen Unwissenden, schlug er doch seine eigenen Warnungen in den Wind und stimmte der Gesundheitsreform stante pede zu. „Ein Vorgang, der seines gleichen sucht. Die Grenze der Selbstverleugnung konnte dieser Politiker erfolgreich überschreiten“, kommentierte FDP-Landeschef Uwe Barth MdB die Entscheidung. Schneider stimmte schließlich für „eine riesige Belastung“ und „schmerzhaftes Konsequenzen“ (O-Ton Schneider). Seine Wäh-

ler dürfen sich nun darüber freuen, dass ihr Volksvertreter wissentlich und vorsätzlich durch sein Abstimmungsverhalten gegen dringend notwendige Investitionen in elementare Bereiche der Gesellschaft stimmte. Werden nun die Steuerzuschüsse an die Krankenversicherung deutlich aufgestockt, „können alle Wünsche nach mehr Geld für Familien, für Forschung oder Infrastruktur nicht mehr erfüllt werden“ (O-Ton Schneider). „Schneiders bewusst falsch getroffene

Entscheidung wider besseren Wissens ist gegenüber den Bürgern eine Unverschämtheit die an Wählerverarschung grenzt“, so Uwe Barth. Übrigens haben alle Thüringer Koalitionsabgeordneten der Gesundheitsreform zugestimmt, obwohl es bei Schwarz-Rot auch Abweichler gab. Zur Finanzierung des Meisterstückes wird es zu Steuererhöhungen kommen. Das erklärte der Bundesfinanzminister – und das wussten auch die Thüringer Abgeordneten. *red*



Streitthema Gesundheitsreform – eine „riesige Belastung mit schmerzhaften Konsequenzen“



# Die Energie für unsere Zukunft

## Kulturkampagne der FDP

Bekanntlich steht ein Problem ganz vorn auf der Themenagenda im Freistaat: Kulturabbau und Kulturzukunft. Nach der Ankündigung der CDU-Landesregierung, bei Kultur und Kulturausgaben zu sparen, folgte Widerspruch seitens so ziemlich aller politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Vertreter. Die Landes-FDP hat sich gegen die Kultureinsparungen ausgesprochen. Ohne belastbare Theater- und Orchesterplanung, aber auch ohne Konzepte bei der Kreis- und Verwaltungsreform könnten derzeit keine Belastungen hingenommen werden.

Auch auf Bundesebene wird die Kulturpolitik stark in den Fokus der Aktivitäten gerückt. Das Thomas-Dehler-Haus hat dazu in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand eine Kulturkampagne erarbeitet. Diese wird – anders als bei anderen Kampagnen – langfristig und über dieses Jahr hinaus laufen. Insbesondere soll sie dezentral und damit bei den Kreisen vor Ort umgesetzt werden. Denn Kultur findet vor Ort statt und Kultur wird bei den Liberalen groß geschrieben. Unsere Überzeugung ist: Kultur braucht einen größeren Rahmen, als ihr im Augenblick in Deutschland zusteht.

Die Kampagne will die Trennung zwischen Kultur einerseits und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft andererseits aufheben. Kultur ist mehr, als nur die Zierleiste am grauen Alltag – der Theater- oder Opernbesuch oder das Museum mit den Werken alter Meister. Kultur ist Energie

für unsere Zukunft. Die Kampagne stellt das kreative Potential heraus, das die Kultur für unser Land hat. Kultur wird in Zukunft mehr als bisher Motor unseres Landes – der Gesellschaft, der Menschen und der Wirtschaft. Kultur ist damit auch Standort- und Wirtschaftsfaktor. Im globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaften um das größte Innovationspotential wird sie immer wichtiger: Sie ist ein Garant für eine Zukunft in Wohlstand.

In der Kampagne werden diese Gedanken im zentralen Motiv dargestellt: Die „E-Gitarre“, die das Stromnetz mit Energie versorgt. Das „weiche“ Thema „Kultur“ ist in Wirklichkeit die Voraussetzung für „harte“ wirtschaftliche Erfolge. Wir Liberale geben aber keinen Kulturbegriff vor. Wir stehen für eine Atmosphäre, in der Kultur und damit Kreativität gedeiht und neue Ideen wachsen können. Kultur ist im Konzertsaal, Theater, Museum, aber auch im Festzelt, am Kiosk, selbst im Kühlregal. Die Kulturkampagne verbindet so genannten Hochkultur mit Alltags- und Massenkultur. Damit wendet sich die Kampagne an die Liebhaber von bildender oder darstellender Kunst genauso wie an diejenigen, die bisher vielleicht der Meinung waren, das Kultur sie selbst nicht betreffe. Kultur ist überall!

Am 22. Januar 2007 wurde die Kampagne vom FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle und Hans-Joachim Otto, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bun-

destags, offiziell vorgestellt. Tatkräftige Unterstützung erhielten sie dabei durch den Kabarettisten und Schauspieler Dieter Hallervorden, der seit über 40 Jahren ein privates Kabaretttheater ganz ohne staatliche Subventionen führt.

Ganz nach dem Grundsatz „Kultur ist Aktion“ sind für 2007 zahlreiche zentrale Veranstaltungen und Aktivitäten geplant. Ein besonderer Erfolg sind die „Liberalen Kulturfrühstücke“ der FDP-Bundestagsfraktion. Der Startschuss fiel bereits 1998 in Halle. Seitdem haben die Liberalen zum spannenden Dialog zwischen Künstlern, Kulturpolitikern und Bürgern eingeladen, darunter zwei mal in Thüringen.

Neu gegründet wurde ein „Liberales Kulturforum“. Koordiniert von Hans-Joachim Otto vertieft es den Dialog zwischen FDP und Persönlichkeiten des kulturellen Lebens. Das „Liberales Kulturforum“ ist als ein Podium für die Diskussion grundlegender kultureller und kulturpolitischer Fragen angelegt. Im Besonderen soll es an der Erarbeitung eines Leitantes zum Bundesparteitag im Juni in Stuttgart mitwirken. Dort wird die FDP Kultur zu einem der großen Themen machen. Über alle Aktivitäten der Kulturkampagne informiert die Kampagnenwebsite im Internet. Unter [kultur.fdp.de](http://kultur.fdp.de) ist alles Wissenswerte zu finden. Im „Liberalen Kulturkalender“ werden kulturelle und kulturpolitische Termine aus allen Gliederungen der FDP zusammengetragen. *Thomas Hahn, pak*

# Landesparteitag in Gera

Programmatische Ausrichtung weiter straffen

Der nächste Landesparteitag der FDP-Thüringen wird am 21. April 2007 in Gera stattfinden. Die „Tonhalle“ bietet im Zentrum der zweitgrößten Thüringer Stadt ein würdiges und hochwertiges Ambiente für den Parteitag der Thüringer Liberalen. Personalentscheidungen stehen für die

Wahlen der Delegierten für den Bundesparteitag an. In der Hauptsache werden die Delegierten die programmatische Ausrichtung der Partei weiter straffen. Hierzu soll den Planungen nach insbesondere die Wirtschafts- und Mittelstandspolitik im Vordergrund stehen. Änderungen zur Sat-

zung sind bis zum 23. März 2007 an die Geschäftsstelle einzureichen. Programm-anträge müssen spätestens am 06. April 2007 in der Landesgeschäftsstelle eintreffen. Derzeit ist geplant, am Vorabend zum Parteitag zu einem Empfang des Landesvorstandes einzuladen.

## Junge Liberale übergeben Spende

Hilfe für Elterninitiative Krebskranker Kinder

Entsprechend der sozialen Überzeugung haben auch die Jungen Liberalen Thüringen eine Spende übergeben. Traditionell hatten die JuLis auch die vergangene Adventszeit genutzt, um mittels Verkauf von Glühwein ihre politischen Inhalte zu vermitteln und weitere Mitstreiter zu gewinnen.

Den Erlös des Verkaufs in Höhe von 700 Euro spendete die Jugendorganisation

am 01. Februar 2007 an die Elterninitiative Krebskranker Kinder e.V. (EKK) in Jena. Neben der feierlichen Übergabe besichtigten die Jungen Liberalen um Landeschef Patrick Brauckmann und seinem Vize Paul Gellner auch die Räumlichkeiten. So konnten sie sich einen Eindruck von der aufopferungsvollen und professionellen Arbeit der Betreuer machen. Die Elterninitiative

bietet Familien erkrankter Kinder aber nicht nur die Möglichkeit, für die Dauer der Behandlung des Kindes in Jena unterkommen zu können, sondern betreut auch die Kinder selbst.

Dieses Engagement wollen die Jungen Liberalen auch weiterhin fördern und freuen sich über die gute Zusammenarbeit mit der EKK.

### Aufwandsspenden

Die Anträge für die Aufwandsspenden sind nach Angaben des Liberalen Parteisservice (Lips) abgearbeitet. Liegt bislang dennoch keine Spendenquittung vor, ist der entsprechende Antrag noch nicht bei Lips in Bonn eingegangen. Alle Funktionsträger der FDP Thüringen sind aufgefordert, ihre Aufwands-

anträge abzugeben, soweit dies noch nicht geschehen ist.

### Neueintritte

Wir begrüßen bei der FDP: Sybille Hain, Johanna Tiemann, Steffen Plaul, Frank Bergner, Mario Bartholomaeus, Edgar Jäger, Karsten Weder.

### GEBURTSTAGE

Einen herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag an Marlis Radtke, Dr. Waltraud Hertel, Andreas Ludwig, Walter Schneidewind, Emil Wittig und Gerhard Adlung. Besondere Glückwünsche senden wir auch an die zahlreichen Geburtstagskinder, die hier nicht namentlich aufgeführt wurden.



## DER FAIRWARTER

Fachentsorger für Industrie, Handel und Gewerbe

Sekundärrohstoffeffasser, -behandler und -großhändler

Fachberater und Partner für individuelle Lösungen zur Verpackungsverordnung

Aktenerfasser und -vernichter



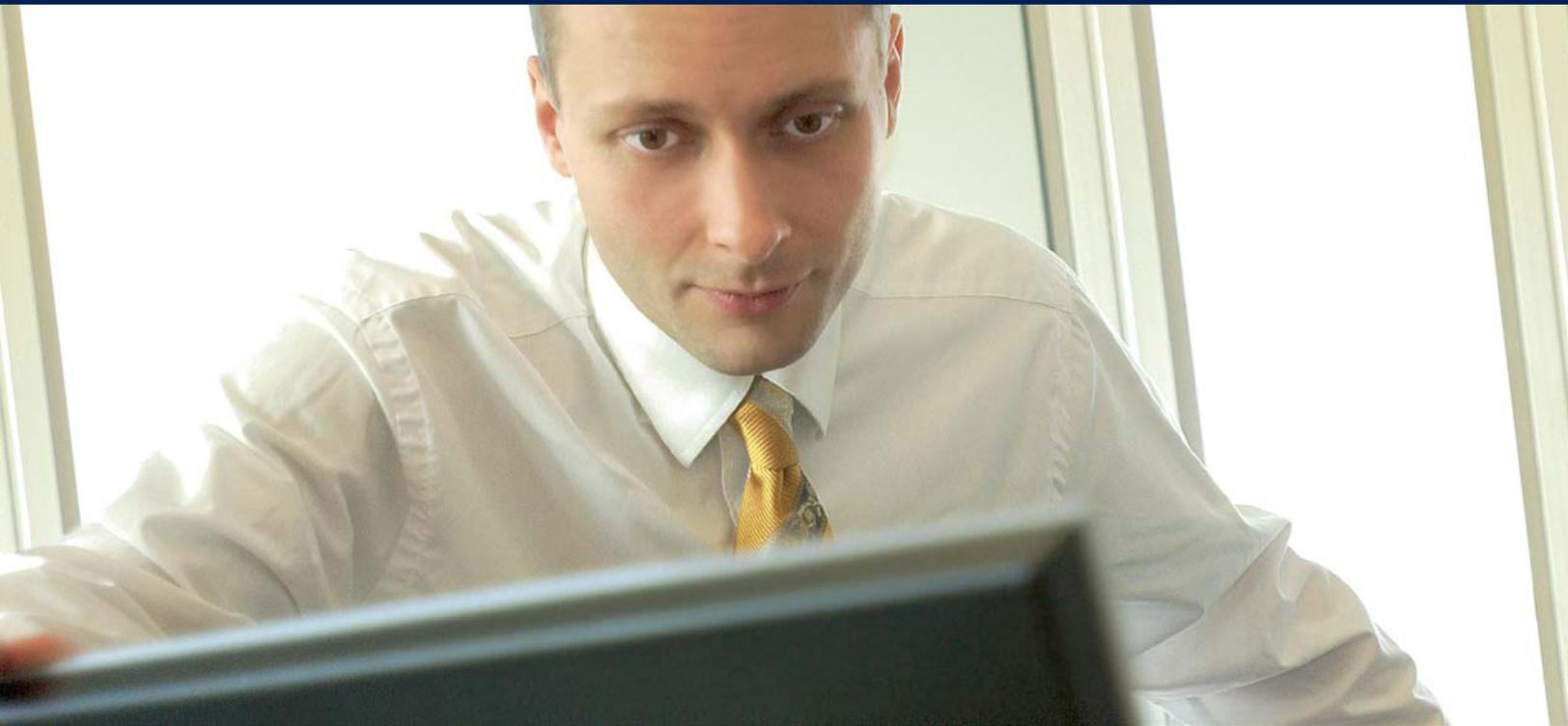
Wertstoffhof Erfurt  
August-Röbling-Straße 24  
Tel.: 03 61 / 740 52 - 0

Wertstoffhof Bad Langensalza  
Am Fliegerhorst 2  
Tel.: 0 36 03 / 85 29 - 0

Schrottplatz Bad Langensalza  
Am Güterbahnhof 4  
Tel.: 0 36 03 / 81 32 38

Wertstoffhof Weimar  
Dürrenbacher Hütte  
Tel.: 0 36 43 / 42 02 05

Internet: [www.fairwarter.com](http://www.fairwarter.com) • Servicenummer: 0180/2775577



## AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

### DEM KLIMAWANDEL ZU FUSS ENTGEGEN?

Während die EU nun gerade erst neue Regeln für die Reduktion von Feinstaub sowie Euro 5 und 6 beschlossen hat, will die Kommission die Autofahrer noch immer nicht vom Haken lassen und fordert maximale CO<sub>2</sub>-Emissionen für Pkw und Kleintransporter per EU-Gesetz. Nach der Einigung innerhalb der EU-Kommission ist zu erwarten, dass geplante gesetzliche Vorgaben auf EU-Ebene bei CO<sub>2</sub>-Obergrenzen nach Autoklassen differenzieren. Eine pauschale Regelung würde drastisch zu Ungunsten der Premium-Modelle ausfallen. Kaum auszudenken, welchen klassenkämpferischen Nachgeschmack dies hinterlasse – große Autos würden von den Straßen verbannt. Stattdessen sollen für die einzelnen Fahrzeugsegmente verschiedene Ausstoßgrenzen an die technischen Gegebenheiten angepasst werden, die im Durchschnitt eine CO<sub>2</sub>-Reduktion auf 120 Gramm je Fahrkilometer entspricht. An der heutigen Technik orientiert bedeutet das einen maximalen Kraftstoffverbrauch von 4,5 l/100 km bei Dieselmotoren oder 5 l/km bei Ottomo-

toren. Zum Vergleich: 1995 bis 2004 gingen die durchschnittlichen Emissionen von in der EU-15 verkauften Neuwagen von 186 g CO<sub>2</sub> pro km auf 163 g CO<sub>2</sub> pro km zurück.

Die Kommission wird bis spätestens Mitte 2008 einen Rechtsrahmen zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von neuen PKW und Kleintransportern vorschlagen. Es wird vorgeschrieben, dass die durchschnittlichen Emissionen von in der EU 27 verkauften Neuwagen bis 2012 das Ziel von 120 g CO<sub>2</sub>/km erfüllen müssen. Damit gibt sie der Automobilindustrie aber womöglich keine ausreichend lange Übergangszeit, das bleibt abzuwarten. In jedem Fall trägt zusätzlich zu den anderen Anforderungen der Umweltgesetzgebung auch diese Initiative weiter zur Verteuerung von Neuwagen bei. Die Folge: Auf Europas Straßen sind noch nie so alte Autos gefahren, in Deutschland ist jeder Pkw heute schon durchschnittlich acht Jahre alt! Den Sinn und die Wirksamkeit von CO<sub>2</sub>-Reduktionen auf den Klimawandel infrage zu stellen,

erscheint wenig aussichtsreich. Die EU hofft darauf, mit ihrem umfassenden Maßnahmenpaket die Erderwärmung auf maximal 2 der prognostizierten 4 Grad zu reduzieren. Kommissionspräsident Barroso spricht sogar davon, hierdurch den Klimawandel abwenden zu können. Ich glaube das nicht.

Der gesamte Kraftverkehr verursacht weltweit nur 5 Prozent aller CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der Anteil der europäischen Autos daran beträgt 1,5%. Das heißt, auch wenn wir morgen den PKW-Verkehr in Europa einstellen, verhindern wir nicht den Klimawandel, wir gehen ihm dann eben zu Fuß entgegen. Dem Klimaschutz dienen wir besser, wenn wir uns auf die kostengünstigen und wirksamen Instrumente konzentrieren. Das erneute Drehen an einer kleinen, teuren Stellschraube zählt nicht dazu.

HOLGER KRAHMER . MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
KONTAKT: EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10G142 . 60 RUE Wiertz  
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . TELEFAX +32 2 28-49344  
HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU . HOLGER-KRAHMER.DE

# Bürgergeld

## Althaus irrlichtert umher

Unser Dieter verspricht mit seinem so genannten „Bürgergeld“ müheloses Einkommen und Freibier für alle ohne Gegenleistung. Toll! Warum arbeiten, wenn Althausens Fürsorgestaat uns alle materiellen Sorgen abnimmt? Sein Füllhorn wird ohne jede Voraussetzung, ohne Bedürftigkeit ausgeschüttet.

Setzte er sich durch, erzöge er uns zum Faulenzervolk. Arbeit lohnte überhaupt nicht mehr. Heute schon ist es für Familien mit Kindern unter ALGII oft nicht lohnend, legal arbeiten zu gehen. Im Übrigen könnte man mit den von Althaus genannten Sätzen in

einfach nicht mehr wahr, dass es Menschen gibt, die für weniger als 4.000 Euro monatlich morgens aufstehen und arbeiten gehen. Die Union vergisst die schweigende Mitte.

Volkswirtschaftlich gesehen aber zementierte er damit rasant steigende Arbeitslosigkeit, nur dass die Arbeitslosen dann in Neusprech „Bürgergeldempfänger“ heißen müssten. Bedürfnisgerechtigkeit läuft auf Sozialismus hinaus, was am Ende Armut für Alle bedeutet. Leistungsgerechtigkeit hingegen bedeutet Wohlstand für Alle, daran hat sich seit Ludwig Erhard nichts geändert. Es wird von Althaus behauptet, Schwarzarbeit

stützt werden nur diejenigen, die nicht oder nur teilweise in der Lage sind, das durch das Bundesverfassungsgericht beschriebene (...) Existenzminimum aus eigener Kraft zu erwirtschaften.“

Althausens Denkfehler ist, dass er der ebenso verbreiteten wie falschen Annahme erliegt, das Angebot an Arbeit sei begrenzt und weitgehend ausgeschöpft. In Wirklichkeit gibt es jede Menge Arbeit, wir Deutschen exportieren sie nur in andere Länder. Die obige Rechnung zeigt es, alle Arbeitsplätze unter 4.000 Euro werden exportiert! Tatsächlich entsteht unsere Arbeitslosigkeit durch die sozial(-ismus-)politisch gewollte Marktverzerrung, durch Tarifkartelle und faktischen Mindestlohn.

Liberalen ist aber klar: Leistungsgerechte Löhne entstehen auf einem echten Arbeitsmarkt ganz von selbst, man muss nur noch die Empfänger nicht die Existenz sichernder Löhne unterstützen, und das wäre das liberale Bürgergeld. Wohlgemerkt, geknüpft an die Voraussetzung eigener Arbeitsleistung, auf die man nur verzichten kann, wenn der Bürger objektiv zu Arbeit nicht fähig ist. Ludwig Erhard würde sich bei Althaus im Grabe umdrehen. *Lutz Recknagel*



Thüringen und Ostfriesland passabel leben, in Hamburg, Düsseldorf oder München jedoch nicht. Das bedeutete, dass hier keiner mehr malochen müsste, während wir erwarteten, dass die anderen uns alimentierten. Die würden begeistert sein.

So habe ich für mich ausgerechnet, dass ich die Erwerbsarbeit drangeben würde. Meine Familie mit zwei Kindern hätte netto 1.800 Euro bar auf die Hand. Dafür müsste ich heute weit über 4.000 Euro an Bruttolohnkosten verdienen (mit allen Sozialabgaben!). Wer heute weniger bekommt, gebe die Mühsal bitte auf! Ich lebte nur vom Bürgergeld, das bisher ersparte Häuschen ließe sich mietfrei bewohnen. Was für ein Leben! Nun wandere ich gerne – ein sanfter, unschädlicher Tourismus. Segeln auf dem großen, weiten Meer wäre auch toll. Lass doch die Deppen schuffen! Der Ministerpräsident lebt offenbar in einer Traumwelt. Er nimmt

werde unattraktiv. Das Gegenteil wäre der Fall. Nun hätte jeder Zeit dazu, ohne störende legale Arbeit. Es wird behauptet, es werde nur ein Mindeststandard gesichert, das heutige Sozialbudget sei bereits höher. Nun ist die Summe Bürgergeld x Bürgerzahl tatsächlich niedriger, allerdings ist offen, wie viel Steuern noch eingehen, wenn Arbeit nicht mehr lohnt! Milchmädchenmathematik löst die Aufgaben eben nur scheinbar!

Was fordern die Liberalen? Im Unterschied zu Althaus ist das liberale Bürgergeld an die Bedürftigkeit geknüpft. Im Ergebnis bedeutet unser Konzept in etwa eine „negative Einkommensteuer“, so dass jeder Bürger dazu angehalten ist, im Rahmen seiner Möglichkeiten seinen Teil zur Wertschöpfung und zum Volkseinkommen beizutragen. Die FDP hat in Köln beschlossen: „Die Treffsicherheit des Bürgergelds wird durch eine Bedürftigkeitsprüfung gewährleistet: Unter-

### IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

**Herausgeber** ▶ FDP Thüringen · Pressestelle  
Tschalkowskistraße 35  
D-99096 Erfurt  
Telefon +49 361 3456482  
Fax +49 361 3455924  
pressestelle-thueringen@fdp.de  
www.fdp-thueringen.de

**Redaktionsleitung** ▶ Patrick Kurth

**Redaktion** ▶ Jost Hofmann (hjh)  
Patrick Kurth (pak)  
Klaus-Dieter Landgraf (kdj)

**Layout & Satz** ▶ RAUM II Jahn & Ekelmann GbR  
Ernst-Schneller-Straße 7  
D-04107 Leipzig  
Mobil +49 171 2142667  
info@raum-zwei.com  
www.raum-zwei.com

**Erscheinung** ▶ 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.